

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXLIII/23

Bonn, den 1. Februar 1968

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Wenig neuer politischer Inhalt</u> Nach dem FDP-Parteitag in Freiburg	53
2	<u>Sie wollen die SPD schwächen</u> Die Gruppierungen "links" von der SPD	47
3	<u>Vor der Bundespräsidentenwahl 1959</u> Konrad Adenauer über Ludwig Erhard Auszüge aus dem 3. Teil der Adenauer-Erinnerungen 1955-59	38
3 a	<u>ZUR DOKUMENTATION:</u> Der Bruch Kommentar des SPD-Pressedienst vom 19. Oktober 1957 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Belgrad	37

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Schafft die Frauenverbände ab!
- Staatssekretär Gerhard Jahn will "gemischte"
Organisationen -
Mehrheitswahlrecht = Männerwahlrecht?
Freie Bahn für die Frauen!
- Erste Regionalkonferenz der SPD in Gießen -
Information von 11 bis 19.00 Uhr
Der Club ist Trumpf

Wenig neuer politischer Inhalt

Nach dem FDP-Parteitag in Freiburg

H.Z. - Die FDP ist bei der Suche nach einem neuen Gesicht auf ihrem Freiburger Parteitag nicht sehr erfolgreich gewesen. Der hoffnungsvolle "Jungdemokrat" Professor Dahrendorf hat der Partei trotz aller Vorschuß-Lorbeeren nur eine modische Frisur beschert. Und der neue Vorsitzende Walter Scheel hat schon garnicht versucht, der FDP ein neues Profil zu geben. Ihm kommt es darauf an, der Mann der Mitte zu sein und zu bleiben, der weder Reformern noch Konservativen auf die Füße tritt. Ihm war es auch garnicht angenehm, daß bei der Präsidiumswahl der konservative Exponent Bahner dem Progressiven Hoppe unterlag und damit ein Übergewicht der Reformen zustande kam. Um so froher zeigte sich Scheel, daß tags darauf die Wahl zum erweiterten Vorstand das Pendel wieder zurückschlagen ließ und ein Gleichgewicht hergestellt wurde. Die Balance der Flügel zeigte sich auch im Kräfteverhältnis des Parteitages selbst: Schatzmeister Rubin errang einen recht knappen Erfolg gegen seinen Herausforderer Margulies.

Das Programm mußte die FDP auf diesen Parteitag schuldig bleiben, weil der Vorstand frühzeitig vor der Aufgabe resigniert hatte, einen Entwurf vorzulegen. Wann mit diesem Entwurf nun zu rechnen ist, will auch der neue Vorstand noch nicht sagen. Der Ersatz, den Freiburg als Selbstdarstellung der FDP bot, war etwas dürftig. Die große richtungweisende Rede des Idols der Progressiven, Professor Dahrendorf, wies rethorischen Glanz auf, aber wenig neuen politischen Inhalt. Die Konservativen konnten mit Recht feststellen, daß auch sie mit den Dahrendorfschen Grundsätzen übereinstimmen, die Details aber noch der Darlegung harren.

Was Dahrendorf vorlegte, war die Antithese zu Erhards reaktionärer Vision einer "formierten Gesellschaft". Er predigte die Gesellschaft im ständigen Wandel, die ganz bewußt die Interessenkonflikte befaßt und auflöst. Fürwahr, keine neue Erkenntnis! Für jeden Fortschrittlichen ist diese Ansicht so selbstverständlich, daß man nicht über den Grundsatz redet, sondern über sich daraus ergebenden p r a k t i s c h e n Probleme.

Wie sieht es nun mit dem Reformeifer der Reformen aus? Die "Gesellschaft im Wandel" weist starke Interessengegensätze auf. Wie steht es da mit den sozialen Fragen? Die Antwort der Freien Demokraten ist mehr als dürftig. Auf dem Parteitag kamen nur zwei Einzelprobleme zur Sprache. Von der Mitbestimmung möchten weder die Reformen noch die Konservativen etwas hören und sie halten auch eine Art Taft-Hartley-Gesetz gegen den Streik für eine recht vernünftige Sache. So sieht es jedenfalls Professor Dahrendorf und mit ihm sicher der größte Teil der Reformen. Auch der progressive Flügel der FDP läßt sich nicht ohne weiteres auf einen Nenner bringen.

Von den großangekündigten liberalen Alternativen führte Scheel in verständlicher Bescheidenheit nur zwei an: Den eigenen Notstandsentwurf und den Strafgesetzentwurf. Davon können die Freien Demokraten nur einen für sich reklamieren: den Notstandsentwurf. Der Strafgesetzentwurf, den die FDP von einer Juristengruppe übernommen hat, wird schon längst im zuständigen Bundestagsausschuß ebenso beraten, wie der unzulängliche Regierungsentwurf, der bekanntlich noch von früheren Bundesregierungen vorgelegt worden war. - Die Bilanz der FDP nach einem Jahr Opposition ist noch nicht sehr beeindruckend. Das kann man auch nicht verlangen. Die Freien Demokraten stecken sich aber offenbar sehr hohe Ziele und sind in Gefahr, sich zu übernehmen. Bei ihren Alternativen ebenso wie bei ihrem Anspruch, zu regieren, den Dahrendorf mit großem Selbstbewußtsein angemeldet hat.

Sie wollen die SPD schwächen

Die Gruppierungen "links" von der SPD

sp - Mannigfaltig sind die Bestrebungen, alles, was angeblich links von der Sozialdemokratie steht, unter einen Hut und in organisierte Formen zu bringen. Die Hoffnungen, die von Ostberlin auf die DFU (Deutsche Freunde Ulbrichts) gesetzt wurden, gingen nicht in Erfüllung; sie blieb eine zur Ohnmacht verurteilte Sekte. Die DFU kam nicht an, sie fand kein Echo, und ihre Katadore müssen sich mit der Nichtbeachtung durch die Öffentlichkeit abfinden. Andere Gruppen sprangen in die Bresche, wie die von einem ehemaligen Kommunisten in Baden-Württemberg begründete "Demokratische Linke". Sie wartet mit eigenen Kandidaten bei den Landtagswahlen von Baden-Württemberg auf. Kaum gegründet, gibt es schon Austritte. Der Heilbronner Ortsvorsitzende der "Demokratischen Linken" sah seine Erwartungen enttäuscht, die DL werde ein Sammelbecken der antiparlamentarischen Opposition. Statt dessen sah und sieht er Kräfte wirken, die etwas anderes wollen als nur Veränderung der Verhältnisse im Parlament durch demokratische Mittel.

Die verschiedensten Gruppen und Gruppierungen "links" von der SPD wollen nun am 3. Februar in Offenbach versuchen, so etwas wie eine gemeinsame politische Plattform mit Blick auf die Bundestagswahlen von 1969 zu erarbeiten. Ein bunter Haufen findet sich da zusammen: Enttäuschte oder von der SPD ausgeschlossene Sozialdemokraten, Schwarzgeister, denen der Blick für das Mögliche und Notwendige fehlt, potentielle Antidemokraten, denen das Grundgesetz nur ein Lippenbekenntnis ablockt und von der SED gesteuerte Kommunisten, die wohl wissen, was sie wollen. Die Einbehalter dieser Tagung möchten auch gern, um ihre Spannweite zu demonstrieren, organisierte Sozialdemokraten dabei haben. Sie dürften eine gründliche Enttäuschung erleben.

Ein gemeinsamer Nenner eint jedoch bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Auffassungen die Teilnehmer der Offenbacher Tagung: ihr Ziel ist die Schwächung der Sozialdemokratie. Denn diese Partei versperrt ihnen den Weg, der von der Demokratie wegführt. Wohin Gruppierungen und Strömungen "links" von der Sozialdemokratie führen, beweisen die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen in Dänemark. Im Endeffekt profitieren von solchen Erscheinungen die Parteien rechts von der Sozialdemokratie. Sie kommen zum Zuge und bewirken einen Stillstand im Bereich des sozialen Fortschritts.

In der Weimarer Republik sahen die Kommunisten in den Sozialdemokraten ihren Hauptfeind. Sie sahen nicht die Gefahr von rechts, ja sie machten sogar mit den Zerstörern der Weimarer Demokratie gemeinsame Aktionen. Dafür hatte das deutsche Volk und die Welt einen furchtbaren Preis zu bezahlen. Gewiß, Bonn ist nicht Weimar. Die deutschen Kommunisten und ihre Mitläufer sind kompromittiert. Die heutige Sozialdemokratie hat aus jener Zeit gelernt, sie wird nicht zulassen, daß sich die Weimarer Tragödie wiederholt. Das mögen die eigentlichen Drahtzieher der Offenbacher Tagung bedenken. - Alles, was heute "links" von der Sozialdemokratie steht und sich politisch zu organisieren versucht, erfüllt objektiv gesehen und von geschichtlichen Erfahrungen bestätigt, die Rolle eines Erfüllungshelfen der antidemokratischen Kräfte unseres Volkes.

Vor der Bundespräsidentenwahl 1959...

Konrad Adenauer über Ludwig Erhard

Auszüge aus dem 3. Teil der Adenauer-Erinnerungen 1955-59

"Ich erklärte... unumwunden, daß nach meiner Auffassung Erhard offenbar gar nicht überschaue, welche Verpflichtungen das Amt des Bundeskanzlers mit sich bringe."

"Erhard erklärte mir... er habe ein Recht darauf, Bundeskanzler zu werden, weil er von allen Bundesministern derjenige sei, der am längsten am Aufbau der Bundesrepublik mitgewirkt habe. Er erinnerte an seine Arbeit im Frankfurter Wirtschaftsrat und erinnerte mich daran, daß er ein Stellvertreter sei."

"Ich machte ihn (Erhard) darauf aufmerksam, daß ich die Hälfte meiner Zeit auf außenpolitische Fragen verwende. Ich versuchte ihm klarzumachen, daß gerade die außenpolitischen Fragen sehr ernst genommen werden müßten. In der Außenpolitik hänge alles miteinander zusammen, und man müßte große Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Ich sagte ihm auch, daß er, Erhard, bei unseren Bündnispartnern allgemein als kein großer Freund der europäischen Integration angesehen werde."

"Auf meine Frage, wie er sich das denn praktisch vorstelle" (selbst das Wirtschaftsministerium weiterzuführen). "denn einem derartigen Aufgabengebiet könne man unmöglich völlig gerecht werden, entgegnete Erhard, das Wirtschaftsministerium könne er mit zehn Prozent seiner Arbeitsleistung führen."

"Das Gespräch hatte meinen Eindruck verstärkt, daß Erhard überhaupt kein Verständnis für die Pflichten hatte, die das Amt des Bundeskanzlers mit sich brachte. Es hatte sich der Eindruck verstärkt, daß Erhard von einem nicht zu bändigenden Ehrgeiz erfüllt war."

"Mir war es vollkommen klar, daß Erhard als Bundeskanzler nicht in Frage kommen dürfe. Ich würde es als Bundespräsident nicht verantworten können, ihn der Fraktion als Bundeskanzler vorzuschlagen."

"Ich halte die Wahl des Herrn Erhard für einen Fehler, der für unsere außenpolitische Lage katastrophale Folgen voraussichtlich mit sich bringen wird."

"Der Sinn meiner Nominierung als (Bundespräsident)-Kandidat und meine Annahme war Sicherung der Kontinuität der von mir geführten Politik. Ich halte diese bei der Wahl des Herrn Erhard zum Bundeskanzler nicht für gesichert. Damit wird die ganze Aktion sinnlos."

"Leider gelten Sie weder in Frankreich noch in Italien noch - erlauben Sie es mir hinzuzusetzen - in den Beneluxländern als ein überzeugter Anhänger und Förderer der europäischen Integration und einer engen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland."

Der Bruch

Zu dem vor zehn Jahren erfolgten Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Belgrad schrieb der SPD-Pressedienst am 19. Oktober 1957 folgenden Kommentar:

sp - Was seit Tagen befürchtet werden mußte, ist geschehen. Die Bundesregierung hat die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen. Der interparlamentarische Ausschuß des Bundestages, der am Freitag nach Ansicht von Optimisten zusammengetreten war, um die Meinungsbildung der Regierung zu fördern, hatte eigentlich nur noch die bereits feststehende Entscheidung des Kabinetts entgegenzunehmen. Warum man den Ausschuß überhaupt noch zusammengerufen hatte, bleibt unerfindlich. Wollte man eine parlamentarische Komödie in Szene setzen? Es sieht ganz so aus.

Das Argument der Bundesregierung für ihre Entscheidung ist einfach. Wir müssen eine "harte Politik" machen, weil sonst die Gefahr entsteht, daß andere neutrale Staaten ebenfalls die sogenannte DDR anerkennen. Eine solche Entwicklung würde die Chancen der Wiedervereinigung Deutschlands verringern.

Dieses Argument ist steril wie die ganze Wiedervereinigungspolitik der jetzigen Bundesregierung. Tatsache ist doch, daß Adenauer und seine Gefolgschaft unter dem Gesetz der "Politik der Stärke" angetreten sind, die Wiedervereinigung mit dieser Politik erreichen wollten, aber elend gescheitert sind. Diese "Politik der Stärke" hat die Chancen der Wiedervereinigung verringert, sie hat die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft und führte die Bundesrepublik in ein politisches Niemandsland, dessen einziger relativ fester Punkt die Addition von Divisionen in Rahmen der NATO ist. Für diese Politik wurde die für Deutschland notwendige Normalisierung mit jenen Ostblockstaaten geopfert, die Kontakt mit Bonn wünschen und suchen. Wenn Bonn nun diesen Weg fortsetzt, verstrickt es sich zwangsläufig in den permanenten Verzicht auf die diplomatische Vertretung seiner Gegenwartsinteressen in jenen Teilen Europas und vielleicht der ganzen Welt, in denen die militärische Blockpolitik noch nicht oder nicht mehr das A und O allen Denkens ist.

Wir halten die Entscheidung Titos - diplomatische Anerkennung des Pankow-Regimes - für falsch. Wir sind aber der Meinung, daß es eine schlechte Politik ist, offensichtliche Fehler durch andere Fehler zu vertiefen.